

## ***Kolumbien -aktuell***

**No. 443    6. Dezember 2006**

### **1. Frieden und Konflikt:**

- **Der Nationale Friedenspreis 2006 geht an die „Mütter der Candelaria“**
- **Vergangenheit und Zukunft der Nationalen Befreiungsarmee ELN**

### **2. Menschenrechte:**

- **Solidarität mit dem Journalisten Fredy Muñoz**
- **Interview mit dem Menschenrechtsaktivisten Iván Cepeda – Die Wahrheit weit über die Skandale hinaus**

***Leitungsequipe:***

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

***Direktion:***

Natalia Rey

***Assistentin:***

Ana Lucia Rodriguez

***Redaktion:***

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camino Tamayo

***Gestaltung der Website:***

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)

e-mail: [actualidadcolombiana@cinpep.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinpep.org.co)

***Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:***

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: [askluzern@datacomm.ch](mailto:askluzern@datacomm.ch); Internet: [www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

### **1. Frieden und Konflikt:**

#### **Der Nationale Friedenspreis 2006 geht an die „Mütter der Candelaria“**

*Von Daniel Garrido, Kolumbien-aktuell*

Am 27. November wurde zum 8. Mal der Nationale Friedenspreis für das Jahr 2006 übergeben, welcher vom UNO-Entwicklungsprogramm UNDP, der Friedrich Ebert Stiftung Kolumbien Fescol, den Zeitungen El Tiempo und El Colombiano, der Zeitschrift Semana und von Caracol Radio und TV vergeben wird.

Dieses Jahr lagen 103 Bewerbungen vor, aufgeteilt in die Kategorien Kinder/Jugendliche, Frauen, Gemeinschaften, Indigene, Schwarzengemeinschaften, Demobilisierte und Wiedereingegliederte, Vertriebene, Lokale Verfassunggebende Versammlungen und Regierungen, Individuelle und Andere.

Die Jury, gebildet aus Augusto Ramirez Ocampo, Dario Echeverri, Ana Teresa Bernal, Cristina Lleras, Juan Luis Mejía, Rodrigo Gutiérrez, Jorge Orlando Melo und dem Ex-General Manuel José Bonett, verlieh den

diesjährigen Preis an die *Vereinigung der Mütter der Candelaria – Wege der Hoffnung*, eine von 18 Gruppen, welche von Frauen angeführt werden.

Die Vereinigung Mütter der Candelaria – Wege der Hoffnung entstand am 19. März 1999 durch 40 Frauen. Seither kämpfen sie um ihre zum Verschwinden gebrachten und/oder entführten Familienangehörigen „lebend, frei und in Frieden“ zurück zu bekommen. Obwohl viele der Frauen bereits wissen, dass ihre Familienangehörigen tot sind, erhoffen sie sich, ihnen ein würdiges Begräbnis geben zu können. Doch die 143 aktuellen Mitglieder der Vereinigung wollen vor allem die ganze Wahrheit darüber wissen, was mit ihren Familienangehörigen geschehen ist.

Seit sieben Jahren und acht Monaten führt die Vereinigung jeden Mittwoch eine Mahnwache vor dem Hof der Candelaria-Kirche in Medellín durch und verlangt die Rückkehr ihrer geliebten Familienmitglieder. Es ist ein Protest gegenüber der Gleichgültigkeit des Staates, ein Aufruf an die Regierung und das gesamte Land, damit der Schmerz so vieler Familien gegenüber einem derart alltäglichen nationalen Problem wie der Entführung und dem gewaltsamen Verschwindenlassen nicht vergessen wird.

Stunden vor der Preisverleihung meinte die Direktorin der Vereinigung, Teresita Gaviria, an einer Pressekonferenz, dass der Preis für sie eine Herausforderung bedeute, er aber nur ein kleiner Hinweis auf die Arbeit ist, welche die Vereinigung erwartet. So z.B. die Workshops zur Unterstützung von Familien von Verschwundenen, welche die Vereinigung in Urabá, Barranca, Bucaramanga, dem Osten des Dep. Antioquia und anderen Regionen des Landes durchzuführen plant.

Im letzten Jahr konnte die Vereinigung auf die Unterstützung der Nationalen Kommission für Wiedergutmachung und Versöhnung CNRR zählen. Die Vereinigung erhofft von der CNRR die notwendige Hilfe für die Exhumierung und die Durchführung von DNA-Analysen zu bekommen. Wie der Name – Wege der Hoffnung – sagt, hält die Vereinigung die Hoffnung heute mehr denn je aufrecht, das tägliche Leiden über die Ungewissheit des Schicksals ihrer Familienangehörigen überwinden zu können.

Zusätzlich zur Preisverleihung wurde auch das Friedens- und Versöhnungsprogramm der Bürgermeisterschaft von Medellín besonders erwähnt. Diese Auszeichnung nahm der Bürgermeister von Medellín, Sergio Fajardo, entgegen. Das Programm hat bisher 100'000 Menschen begünstigt und läuft seit zwei Jahren. Es ist auf die Reintegration von Demobilisierten und auf die Opfer des bewaffneten Konfliktes in dieser Region des Landes ausgerichtet. Mit den Demobilisierten versucht man die Rückkehr in die Legalität, wozu eine Diagnose, eine Folgearbeit, juristische Unterstützung, berufliche Ausbildung und Eingliederung in die Arbeitswelt angestrebt wird. Bei den Opfern ist das Ziel die Rückgewinnung ihrer Würde, wozu psycho-soziale Hilfe und Vernetzung mit spezialisierten Institutionen angeboten wird.

## **Vergangenheit und Zukunft der Nationalen Befreiungsarmee ELN**

*Ein Blick auf die Geschichte des ELN. Aus dieser Perspektive sollen die wichtigsten Herausforderungen an diese Guerillagruppe aufgezeigt werden, denen sie in ihrer Absicht gegenüber steht, ein politisches Abkommen zu erreichen, das die Umwandlung in eine zivile politische Kraft erlauben soll.*

*Von Luis Eduardo Celis Méndez, Berater der Korporation Nuevo Arcoiris*

Die linken kolumbianischen Guerillaverbände entstanden in einem Umfeld eines geschlossenen politischen System (der Nationalen Front), einer Post-Konflikt-Phase nach einem schlecht verarbeiteten Konflikt (der *Violencia* der 50er Jahre) und in einem Kontext der internationalen Polarisierung (Kalter Krieg).

Jetzt, im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, gibt es keinen Kalten Krieg mehr, das politische System hat sich langsam ein wenig geöffnet und beginnt die Herausforderung des Pluralismus zu akzeptieren, obwohl es noch ein weiter Weg bis zu einer wirklichen, ernsthaften und reifen Demokratie in Kolumbien ist. Zudem hat sich ein grosser Teil der Guerillaorganisationen, welche in den 60er und 70er Jahren entstanden, einem partiellen Friedenspakt angeschlossen, dessen wichtigstes Ergebnis die Ausarbeitung der neuen Verfassung vor 15 Jahren war.

Doch trotz all dieser Veränderungen auf nationaler und internationaler Ebene existieren weiterhin zwei Guerillaorganisationen: ELN und FARC. Der ELN befindet sich in einem Gesprächsprozess mit der Regierung. In diesem Rahmen sollen in den kommenden Monaten Vorschläge über eine politische Agenda gemacht

werden, welche die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen dem ELN und der Regierung Uribe ermöglichen soll – oder eben vielleicht nicht ermöglicht.

Die Geschichte des ELN ist relativ gut dokumentiert (siehe die Sonderbeilage über die Geschichte des ELN, welche im Februar 06 in [www.semana.com](http://www.semana.com) erschien). Die Anfangsphase des ELN liegt in der Zeit zwischen 1962 und 1973, als sich der ELN als Guerilla definiert, welche zusammen mit dem Volk für die nationale Befreiung kämpft und sich der Fokus-Strategie anschliesst, welche mit Fidel Castro in Kuba zum Sieg geführt hatte. Dort hatte eine kleine Gruppe den Weg des bewaffneten Kampfes als wichtigstes Mittel gezeigt und sich mit den Kämpfe von Arbeitenden, Bauern und Studierenden verbunden.

Dieser Vorschlag fand in den sozialen Kräften Aufnahme und der ELN setzte sich in seiner ersten Phase aus einer grossen Zahl von radikalisierten sozialen Führungsleuten zusammen. Viele von ihnen starben in der von Fabio Vásquez verübten Blutorgie. Vásquez verliess im Jahr 1975 Kolumbien, womit die erste Phase des ELN zu Ende ging und eine Zeit der Krise – von 1975 - 1981 – begann.

Was befähigte eine Gruppe von Männern und Frauen in den Tiefen des Urwaldes des Magdalena Medio und im Süden des Dep. Bolivar die Schmach der internen Kriminalität, den Druck der Armee und die prekäre wirtschaftliche Situation zu überleben und zu Beginn der 80er Jahre neu zu erstehen, jetzt nicht mehr als kleine Gruppe, sondern als eine breite Organisation mit Verbindungen zu verschiedenen Kreisen? Was erlaubte dem ELN andere politische Kräfte anzuziehen und mit einer bedeutenden Finanzbasis zu rechnen und sich der Welt der Beziehungen zu Regierungen und politischen Kräften in Lateinamerika, der Karibik, Europa, Asien und Afrika zu öffnen?

Dieser Phönix aus der Asche war möglich, weil sich der ELN in den Köpfen vieler Kreise als die Guerilla festsetzte, in der Camilo Torres gestorben war. Dies verband den ELN mit einer Strömung von Christen, welche die bewaffnete Rebellion als eine Pflicht und eine Handlungsmöglichkeit sahen, denn Kolumbien war nach wie vor ein ausgrenzendes, autoritäres Land und der soziale Protest wurde niedergeknüppelt, mit Kugeln beantwortet oder mit Gefängnis bestraft. Dies war der entscheidende Einfluss, dass viele Führungsleute und Gemeinschaften in der Guerilla eine Alternative sahen. Zusammengefasst: Die eng limitierte Demokratie, die Auswüchse der offiziellen Gewalt und die geringe Legitimität des Staates bildeten den Nährboden, auf dem der ELN die Zeit der Krise überwand.

### **Der ELN in den 80er Jahren**

In den 80er Jahren verzeichnete der ELN ein Wachstum. 1981 begann innerhalb des ELN die Zeit der politischen, ideologischen und organischen Zentralisierung. Zuvor war der ELN eine bunte Zusammensetzung von Gruppen und Führungsleuten, verstreut über einen Grossteil des Landes, welche sich untereinander nicht kannten, keine einheitliche Führung und keinen ausgearbeiteten Aktionsplan hatten. Es war eine Organisation, welche nicht über die Fähigkeit verfügte, den Forderungen der Politik zu entsprechen und sich als eine wirkliche Kraft mit der Perspektive der Machtübernahme zu positionieren. All dies wurde zu Beginn der 80er Jahre angegangen: Es wurde eine klarere und komplexere Politik erarbeitet, die interne Organisation verstärkt, eine nationale Führung errichtet und Beziehungen zu Gemeinschaften in weiten Teilen des Landes aufgebaut und gestärkt. Dazu schuf der ELN ein nationales Führungsgremium, setzte die internen Regeln um, zentralisierte seine Finanzen, definierte die Ausbildung seiner Führungsleute und bestimmte „Diplomaten“, welche das breite Netz von Beziehungen und Kontakten pflegen sollte. Damit erreichte der ELN den Eintritt in die Phase der Expansion.

1986, 20 Jahre nach dem Tod des Guerillero-Priesters Camilo Torres, definierte der ELN in seiner ersten Nationalen Konferenz die Ausrichtung seiner Strategie: Den Aufbau einer Armee, die Verbindung mit den sozialen Kämpfen der Arbeitenden, Bauern, StadtbewohnerInnen und StudentInnen. Diese Kreise betrachtet der ELN als seine „grundlegende soziale Kraft“, die zusammen mit der Kraft der Guerilla eine Volksmacht aufbauen sollen, dies in Allianz mit der Gesamtheit der Guerilla in Kolumbien. So soll das „oligarchische Projekt“ besiegt und eine Regierung des Volkes installiert werden, welche eine sozialistische Agenda vorantreiben sollte.

Der ELN schaffte den Sprung von einer Guerilla zu einer Volksarmee nicht. Er versuchte es, doch die Kosten an Menschenleben und an Beziehungen zu den Gemeinschaften in den Territorien, in denen der ELN operierte, liess ihn davon zurücktreten. So kam es zu sehr fokalisierten Auseinandersetzungen in Arauca, im

Nordosten Antioquias, im Süden Bolivars und vielleicht mit gewissen Unterschieden im Osten Antioquias, welche von 1985 bis 1995 das wichtigste Operationsgebiet des ELN war.

Eine breite militärische Anstrengung, welche dem ELN erlauben sollte, seine militärische Kraft zu demonstrieren und so in seiner Aufstandsstrategie voranzukommen, wurde als These am 2. Nationalen Kongress 1989 verabschiedet. (Der 1. Kongress fand 1987 aufgrund der Integration der Bewegung MIR-Patria Libre in den ELN statt.) Doch der Entscheid zu einer breiten, nationalen militärischen Aktion wurde zu einem Zeitpunkt getroffen, als die Einheit der Guerilla bereits nicht mehr existierte.

Aufgrund des Druckes der Ereignisse, tritt der ELN Schritt für Schritt in die verschlungenen Wege der politischen Verhandlung ein. Und er macht dies nach seiner Art, Schritt für Schritt. Als erster Schritt wird eine interne Befragung aller Einheiten durchgeführt, ob man mit der Aufnahme von Gesprächen mit dem Staat einverstanden ist, um so politische Kraft zu akkumulieren und sich als eine Kraft mit einem Vorschlag zu zeigen, die fähig ist, grundlegende Themen zu diskutieren. Diese Befragung, welche im 2. Halbjahr 1988 durchgeführt wurde, führte zur ausdrücklichen Autorisierung des nationalen Führungskomitees des ELN, um Gespräche und Verhandlungen über die Erdölpolitik und eine Humanisierung des Konfliktes aufzunehmen, beides entscheidende Themen für den ELN. Dies einerseits wegen der Präsenz des ELN in Erdölfördergebieten und seines Interesses, die Forderungen der Erdölarbeitenden zu unterstützen und andererseits weil bereits die Kriegsaktionen und deren Auswirkungen mit aller Härte in den Gemeinschaften spürbar wurden. Dies alles in Voraussicht dessen, was in den späteren 90er Jahren auch als Degradierung des Krieges Wirklichkeit wurde und bis heute anhält.

### **Der ELN in den 90er Jahren**

Der ELN nahm zusammen mit der FARC und einem kleinen Teil des EPL 1991 und 1992 an den Gesprächen in Caracas und später in Tlaxcala, Mexiko, teil, an denen ein Friedensabkommen mit der Regierung Gaviria ausgehandelt werden sollte. Diese Gespräche waren der Versuch der Guerilla, einen politischen Protagonismus zu erreichen. Sie hatte sich von den Friedensabkommen des M-19, Quintin Lame und EPL mit Präsident Barco ferngehalten. Die Gespräche in Venezuela und Mexiko führten jedoch zu nichts, da die Forderungen der Guerilla maximalistisch und die politischen Eliten nur zu minimalsten Zugeständnissen bereit waren. So meinen Guerilla wie Regierung, dass sie den Gegner besiegen oder zumindest weitere Punkte für mögliche Verhandlungen erreichen können. Dies hat dazu geführt, dass bis heute keinerlei Abkommen erreicht worden ist.

Nach der gescheiterten militärischen Kampagne im Jahr 1992 und den gescheiterten Verhandlungen – bei denen der ELN kaum politische Sympathien gewinnen konnte – gerät der ELN in eine erneute Krise. Er wächst nicht mehr und wird durch die Abspaltung der *Bewegung Sozialistische Renovation* geschwächt. Es entstehen die ERP (Ejército Revolucionario Popular) und das EG (Ejército Guevarista), zwei Gruppen mit sehr eng begrenzter Operativität im Süden Bolivars. Die Akzeptanz des bewaffneten Kampfes ist immer geringer. Der ELN verliert die Übereinstimmung mit einer Vielzahl von sozialen Kräften, zu denen in den 70er und 80er Jahren eine Beziehung bestand. Der ELN ist immer mehr ein militärischer Apparat ohne nationale politische Ausstrahlung und mit einem nicht umsetzbaren politischen Projekt: Dem militärischen Sieg. So ist der ELN keine Armee mehr, vereint auf sich kein gemeinsam geteiltes Befreiungsprojekt mehr und ist auch nicht mehr eine nationale Kraft.

Der ELN versucht diese Krise zu überwinden, indem er sich als die Stimme des armen und ausgegrenzten Kolumbiens versteht. Teilweise hat er damit Recht. Seine historischen Einflussgebiete – Magdalena Medio, der Süden Bolivars, Nordwesten und Osten Antioquias, Arauca und Teile des Cauca und Nariño – sind Gebiete geprägt von grosser Armut und Ausschluss. Damit versuchte der ELN eine Annäherung aus einer anderen Perspektive, nicht mehr den militärischen Sieg suchend, sondern den Aufbau eines „historischen Blockes“, um seine politische Agenda voran zu treiben. Seit den Lokalwahlen von 1997, als in der Gemeinde San Carlos im Osten Antioquias bei einem Akt der Waffenniederlegung einige Beobachter der OAS, welche als Wahlbeobachter gewirkt hatten, vom ELN freigelassen wurden, hat der ELN die Durchführung einer „Nationalen Konvention“ vorgeschlagen. Bis heute zielen die Vorschläge des ELN auf den Aufbau eines neuen politischen Paktes ab, welcher dem ELN erlauben soll, Protagonist einer nicht mehr militärischen, sondern politischen Aktion zu sein und einen Pakt des Einschlusses zu erreichen.

1998, als der Priester Manuel Pérez stirbt, welcher den Wiederaufstieg des ELN Ende der 70er Jahre und den Aufbau zu einer sehr kämpferischen militärischen Kraft in den 80er Jahren angeführt hatte, war das Gesicht des ELN bereits ein anderes. Der ELN dachte nicht mehr an den Volksaufstand und den militärischen Sieg, sondern richtete sich auf den Aufbau einer politischen Einigung aus. Dies wiederum ganz in seinem Stil, Schritt für Schritt, ohne zuviel zu riskieren, den Weg vorsichtig gehend. Der ELN dachte jedoch nicht daran, dass die Zeit gegen ihn lief: Jetzt werden grössere Forderungen an die Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen gestellt und es gibt ein internationales Rechtssystem, das mit berücksichtigt werden muss. Das „Prestige“ von bewaffneten Aktionen zur Erreichung von politischen Projekten verringerte sich zusehends, der Krieg degradierte und immer mehr wurde die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Die noblen Beweggründe, die man durchsetzen wollte, verloren sich immer mehr.

### **Der ELN heute**

Der ELN begann diesen neuen Verhandlungsversuch zur Erreichung eines Abkommens in einem sehr günstigen Kontext. Die Linke hat mit dem *Alternativen Demokratischen Pol PDA* einen Referenzpunkt, um 2010 die Regierung zu übernehmen. Es gibt in verschiedenen sozialen Kreisen ein Interesse daran, dass diese Verhandlungen voran kommen und ihre sozialen Forderungen darin aufgenommen werden. Und es gibt eine wichtige Gruppe von Ländern, welche den Friedensprozess unterstützen und ihren Beitrag dazu leisten wollen. Und vielleicht die wichtigste Bedingung: Die Regierung von Präsident Uribe ist sehr an einem Abkommen interessiert.

Doch es gibt nicht wenige Hindernisse auf dem Weg. Der ELN muss einen grossen Entscheid treffen: Sich auf einige Ziele festzulegen und diese zu erreichen versuchen, sich dabei aber bewusst zu sein, dass nicht die ganze Agenda von Reformen eingefordert werden kann, denn die politische Realität des ELN lässt keine Maximalagenda zu. Im Gegenteil, der ELN ist zwar keine besiegte Kraft, aber sie ist auch nicht die entscheidende kriegführende Kraft. Dies könnte wichtig sein und erlauben, aus einer anderen Logik zu handeln. Doch der ELN kann nicht die Umsetzung einer politischen Agenda verlangen, welche einen grösseren Rückhalt in der Bevölkerung benötigt, denn auf diesen Rückhalt kann der ELN heute und wahrscheinlich auch in Zukunft nicht zählen. Dies verlangt vom ELN politischen Realismus, um eine substantielle aber realistische Agenda aufzubauen. Der grössere Wechsel wird Aufgabe möglicher zukünftiger Regierungen des Polo und seiner sozialen und politischen Kräfte sein, wie auch das Resultat von Verhandlungen mit der FARC (die FARC wird früher oder später aus der Logik der militärischen Stärke heraus einen Prozess in Richtung eines politischen Abkommens voran treiben). Der ELN kann also nicht alles sich zum Ziel machen, er muss auch noch etwas für die Verhandlungen mit der FARC übrig lassen. Und auch die FARC kann sich nicht vornehmen, die öffentlichen Themen von A bis Z zu bestimmen.

Der ELN hat eine grosse Chance, einen würdigen Ausweg aus dem Krieg zu gehen, ohne gesiegt zu haben, noch besiegt worden zu sein. Er muss sich jedoch bewusst sein, dass die Zeit gegen ihn läuft und das Beste für ihn ein Abkommen mit dieser Regierung ist. Eine Verhandlung, bei der wichtige Punkte für die Regionen erreicht werden sollen, welche seine wichtigsten Aktionsgebiete waren; in der Fortschritte bei der Demokratisierung des Landes erzielt und Garantien für den Übergang ins Zivilleben gemacht werden. Dabei muss der ELN den notwendigen Preis in Bezug auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu zahlen bereit sein und die ungerechtfertigten Ansprüche nach Amnestie und allgemeinem Straferlass hinter sich lassen. Auch die Idee, dass das Thema des Waffenbesitzes nicht diskutiert wird, muss über Bord geworfen werden. Im Gegenteil: Zum Schluss dieser Verhandlung müssen die Waffen, welche der ELN 42 Jahre getragen hat, niedergelegt werden. Eventuell können Ex-Guerilleros in die Armee eingegliedert werden oder es können für sie andere Lösungen gesucht werden. Doch am Ende dieses Prozesses muss der ELN als Guerilla aufgehört haben zu existieren und zu einer unbewaffneten politischen Kraft geworden sein.

Hinter der Abkürzung ELN versteckt sich viel Geschichte. Doch es ist der Zeitpunkt gekommen, unter diese Geschichte einen Schlusspunkt zu setzen. Die Zeiten von bewaffneten Aufständen sind vorbei. Es gibt keinen auch noch so entfernten militärischen Sieg und der Verschleiss einer Kraft, die sich weder im Krieg noch im Frieden befindet- wie es beim ELN der Fall ist – ist zu hoch.

## **2. Menschenrechte: Solidarität mit dem Journalisten Fredy Muñoz**

*Inmitten eines Klimas von Spannung und Bedrohung gegen die Meinungsäusserungsfreiheit, welches heute an der Atlantikküste spürbar ist, hat die Verhaftung des Journalisten Fredy Muñoz aus Cartagena eine grosse Welle von Solidarität unter seinen KollegInnen ausgelöst.*

*Von Raimundo Alvarado Osorio, Journalist, Barranquilla*

Die Verhaftung des kolumbianischen Journalisten Fredy Muñoz Altamiranda, Korrespondent von Telesur in Kolumbien, löste eine breite nationale und internationale Solidaritätswelle mit dem Verhafteten aus. Sein Fall wurde mit anderen Opfern verglichen, welche aufgrund falscher, von den Sicherheitsdiensten selber konstruierten Beweisen vor Gericht gebracht wurden. Die Solidaritätswelle wurde vom TV-Sender Telesur und von der venezolanischen Regierung sofort nach der Verhaftung von Muñoz am 19. November 06 in Bogotá ausgelöst. Muñoz wurde verhaftet, als er von einem Weiterbildungskurs in Caracas nach Kolumbien zurück kehrte.

Die Solidaritätsbekundungen kamen vom venezolanischen Präsidenten Chávez bis zum einfachsten Lokaljournalisten der Karibikküste, wie von anerkannten internationalen Organisationen, so der Stiftung Neuer Iberoamerikanischer Journalismus FNPI, der Interamerikanischen Pressegesellschaft SIP, der Internationalen Journalistenvereinigung FIP und der Stiftung für Pressefreiheit FLIP. Eine faire und korrekte Behandlung und die Freilassung des Journalisten wurden übereinstimmend gefordert.

Nach Aussagen von Muñoz selber gegenüber der Presse, beschuldigten ihn drei Ex-Guerilleros der FARC vor mehreren Monaten gegenüber den Behörden, „Jorge Eliecer“ zu sein, ein Guerillero, welcher nach Aussagen der Ex-Guerilleros im Jahr 2002 an mehreren terroristischen Aktionen in den Städten Cartagena, Barranquilla und deren Umgebung beteiligt gewesen sein soll. Der 33-jährige Fredy Muñoz, der seit 12 Jahren als Journalist für Radio, TV und Presse tätig ist, hat stets seine Unschuld beteuert.

Jene, die mit Muñoz vor allem in Barranquilla und Cartagena gearbeitet haben, sind felsenfest von seiner Unschuld überzeugt. Sie sehen es für unmöglich an, dass er im Stande wäre, derartige terroristische Aktionen durchzuführen, derer er beschuldigt wird. So werden ihm Brandbombenanschläge auf die Büros einer Energiegesellschaft und auf Stromleitungsmasten in Cartagena und Umgebung zur Last gelegt. „Fredy arbeitet mit dem Mund“, sagt aus London César Molineras, welcher mit ihm im Jahr 2002 ein Radio- und TV-Programm plante, welches „den Journalismus an der Karibikküste revolutionieren sollte“, das aber nicht voran kam, da es an Geld und unternehmerischer Unterstützung fehlte, bis dann ein Mäzen auftauchte, just ein multinationales Unternehmen, welches in der Trinkwasserversorgung von Barranquilla aktiv ist. Das Programm hiess „Puro Ambiente“ (reine Umwelt) und versuchte die Bevölkerung von Barranquilla und der Karibikküste für einen sorgfältigeren Umgang mit der Natur zu sensibilisieren. Journalistisch war dies nichts sehr Neues, hatte aber eine Motivation der Anklage gegen Umweltvergehen. Molinares war zusammen mit Fredy Muñoz auch Teil einer Gruppe von Journalisten, welche die Wochenzeitung *Al Día* gründeten, die aber nach sechs Ausgaben und nur zwei Monate nach der Ersterscheinung wieder verschwand.

Ein anderer Kollege von Fredy Muñoz, TV-Regisseur José Vicente Camargo, meinte, Fredy hätte sich in der Zeit, als er beim Radio für Puro Ambiente gearbeitet habe, in den TV-Journalismus verliebt und seine Bewerbung eingereicht. Damit habe seine Karriere beim Fernsehen begonnen. Fredy machte dann zusammen mit seinem Vater, dem Schriftsteller und Journalisten Libardo Muñoz, Dokumentarfilme. Finanzielle Schwierigkeiten zwangen sie zum Abbruch dieser Tätigkeit. Dann hörte Fredy von der Eröffnung eines internationalen TV-Kanals in Venezuela und zog nach Caracas. Von dort kehrte er als Korrespondent von Telesur zurück.

### **Warten auf einen richterlichen Entscheid**

Nach seiner Verhaftung wurde Fredy nach Barranquilla gebracht, wo er der 5. Spezialeinheit der Staatsanwaltschaft zugeführt wurde, welche ein erstes Verhör durchführte und ihn in den Installationen des Sicherheitsdepartements DAS, welche für besonders gewichtige Verhaftete vorgesehen sind, inhaftieren liess. Hier befindet sich Fredy Muñoz noch immer. Der Staatsanwalt ordnete einige Untersuchungen an, u.a. um festzustellen, ob Fredy tatsächlich an seinem Körper Spuren von Verbrennungen hat, die von einem der Anschläge herrühren sollen, die ihm zur Last gelegt werden. Zudem bat der Staatsanwalt um die Übernahme des Falls durch die 3. Spezialeinheit der Staatsanwaltschaft in Cartagena. Diese solle darüber entscheiden,

ob Fredy Muñoz weiter in Haft bleiben muss oder freigelassen werden kann. Dieser Entscheid ist noch hängig.

Die Erklärungen, welche Fredy Muñoz bei seiner Verhaftung gab, alarmierten die kolumbianischen Medien und die Organisationen zum Schutz der Pressefreiheit. Telesur verfolgt mit grosser Aufmerksamkeit den Fall und der Präsident von Telesur, Luis Izarra, intervenierte persönlich und klagte die Verfolgung eines unabhängigen und kritischen Journalisten von Telesur gegenüber der kolumbianischen Regierung an.

Die Solidarität der Journalisten der Karibikküste wurde durch die Existenz eines virtuellen Netzes Redcaribe, dem rund 400 Mitglieder angehören, erleichtert. Über dieses Netzwerk wurden Erlebnisberichte von Freunden, ArbeitskollegInnen und Bekannten von Fredy in Umlauf gesetzt, welche die Unmöglichkeit belegten, dass Fredy – aufgrund seiner professionellen Arbeit und seiner täglichen Praxis – in eines der ihm zur Last gelegten Attentate der FARC verwickelt sein könnte. In diesem Netzwerk wurde auch darauf hingewiesen, dass der Fall jenem des Soziologieprofessors Alfredo Correa De Andreis gleicht, welcher in Barranquilla lebte und im Jahr 2004 auf offener Strasse von den Paramilitärs ermordet wurde. Correa war ebenfalls von Ex-Guerilleros beschuldigt worden, zuerst in Cartagena inhaftiert und dann ins Gefängnis El Bosque in Barranquilla überführt worden. Er selber und seine Familie schickten zahlreiche Briefe an den Präsidenten Uribe und baten um Unterstützung und Schutz, doch alles nützte nichts. – Später erging es dem Kulturschaffenden Yamil Cure ganz ähnlich. Dieser verliess jedoch nach seiner willkürlichen Verhaftung die Stadt.

### **Klima der Angst**

Der Fall von Fredy Muñoz ereignet sich in einem Moment, in der die allgemeine Situation der Meinungsäusserungsfreiheit an der Karibikküste sich aufgrund des Skandals um die Parapolitik noch zusätzlich verschlechterte. Die Anschuldigungen gegen zahlreiche Mitglieder der regionalen Politikerklasse mit den Paramilitärs verwickelt zu sein, hat ein Klima der Angst und der Bedrohung gegen die Berichterstatter in den Städten wie Sincelejo, Valledupar und Santa Marta geschaffen.

Jene, die hinter den Drohungen stehen, versuchen durch diese Einschüchterung zu verhindern, dass die JournalistInnen Nachrichten oder Kommentare verbreiten, welche auf die Verbindungen zwischen den Politikern und den Paramilitärs hinweisen.

Am meisten betroffen sind die RadioreporterInnen. So z.B. José Ponce Obispo von Santa Marta, Direktor des Programmes *Mi Radioperiodico* von Radio *Galeón*. Der Besitzer von Radio *Galeón*, Rodrigo Ahumada, war 1994 von Narcopolitikern umgebracht worden. Ponce Obispo erhielt in seiner Wohnung anonyme Anrufe, worin er davor gewarnt wurde, weiter über das Thema der Parapolitik zu berichten. Die Behörden bestätigten die Ernsthaftigkeit der Drohungen. Seither hat Ponce seine Berichterstattung im Programm *Mi Radioperiodico* eingestellt.

Am 28. November 06 erhielt der Journalist Robinson Ruz, Direktor des Nachrichtenmagazins *Medio Día* des Radios *Piragua* von Sincelejo eine schriftliche Todesdrohung.

In beiden Fällen handelt es sich um Journalisten, die eine kritische Berichterstattung pflegten.

## **Interview mit dem Menschenrechtsaktivisten Iván Cepeda – Die Wahrheit weit über die Skandale hinaus**

*Kolumbien-aktuell führte mit Iván Cepeda von der Stiftung Manuel Cepeda und der Bewegung der Opfer der Staatsverbrechen ein Gespräch über die Prozesse verschiedener Gemeinschaften des Landes, um die Wahrheit über die Verbrechen der Paramilitärs aufzudecken.*

*Von Kolumbien-aktuell*

*Während dieser Wochen – nach dem Skandal um die „Parapolitik“ – haben verschiedene Kreise nachdrücklich die Aufdeckung der Wahrheit gefordert. Doch haben viele Personen und Bewegungen, so auch die Opferbewegung von Staatsverbrechen, seit Jahren hartnäckig die Aufklärung der Wahrheit über die Verbrechen der Paramilitärs verlangt. Warum kommt jetzt langsam die Wahrheit ans Licht und vorher nicht?*

Langsam kommen als Folge der Anstrengung von Jahrzehnten geduldiger Arbeit und der grossen Hartnäckigkeit der Familienangehörigen der direkten Opfer wie auch der Menschenrechtsorganisationen und auf-

grund einer Reihe von Ereignissen Verbrechen ans Licht, auf die wir schon seit langer Zeit hingewiesen haben. Aufgrund dieser Situation haben gewisse Kreise sofort versucht, all dies um jeden Preis zu vertuschen und diese Wahrheit mit allen Mitteln zum Schweigen zu bringen. Dabei präsentieren sich diese Kreise in der öffentlichen Meinung als Vorkämpfer und Verteidiger der Wahrheit. Dabei ist bekannt, dass diese gleichen Kreise Anstrengungen unternommen haben, um auf jede nur erdenkliche Art die Aufdeckung der Wahrheit zu verhindern.

*Letzte Woche fand in San Onofre im Dep. Sucre eine Anhörung der BürgerInnen statt. Welche Ereignisse haben zu dieser Anhörung geführt und was war notwendig, damit sie stattfinden konnte?*

Wir haben die Gemeinschaft von San Onofre während dieses ganzen Jahres begleitet und seit wir uns als Opferbewegung organisiert und unsere Arbeit aufgenommen haben. Wir entschieden, dass eine Hauptstrategie in der Arbeit in dieser Region liegen muss. Wir kamen zu dieser Entscheidung, weil wir der Meinung sind, dass die Verbrechen in San Onofre exemplarischen Charakter haben, dies in zwei Dimensionen: 1. In dieser Region des Landes entwickelte sich ein Terrorregime und der Aufbau eines Staates im Dienste des Paramilitarismus und einer Strategie der Politiker, die zu einer vielfachen Gewalt gegen die Bevölkerung führte. 2. Es gab eine Widerstands- und Organisationsarbeit der Gemeinschaft. Diese führte zu Beginn dieses Jahres zur ersten grossen Mobilisierung der Bevölkerung von San Onofre. Damit sollte dem Land die Realität der Massengräber und der geheimen Friedhöfe in dieser Region aufgezeigt werden.

Aufgrund dieser Feststellung haben wir unsere Begleit- und Unterstützungsarbeit entwickelt und zur Verbreitung der Information über die dort erfolgten Verbrechen mitbeigetragen. Dies hat dazu geführt, dass auf nationaler Ebene die Untersuchungen gegen Politiker, welche im Parlament sassen und diesen ganzen Prozess der Korruption und der Kriminalität anführten, erste Erfolge zeitigten.

So erliess die Gemeinschaft von San Onofre gegen Mitte dieses Jahres einen Hilferuf, da erneut eine verstärkte paramilitärische Präsenz entdeckt worden war. Es wurde uns mitgeteilt, dass es in San Onofre zu einem Treffen zwischen lokalen Politikern und dem Paramilitär alias *Diego Vecino* gekommen war, um zu vereinbaren, wie die politische Macht die Kontrolle über die Region wieder zurück gewinnen könnte mittels der Wahl eines Bürgermeisters, welcher der Bruder der Ex-Kongressabgeordneten Muriel Benito Rebollo ist. Mitte August 06 erschienen die ersten Anzeichen dafür, dass man versuchen würde, die Zeugen zum Schweigen zu bringen, welche gegen diese Politiker aussagten. Zwischen September 06 und November 06 wurden 9 Personen im Dep. Sucre ermordet.

Seither sind vier Abgeordnete, der Notar von San Onofre und andere Personen festgenommen worden, gegen die Untersuchungen laufen. Einige sind flüchtig und andere warten auf den Prozess. Der Bürgermeister von San Onofre spielte in dieser ganzen Sache eine entscheidende Rolle und war einer der Protagonisten. Auf ihn fällt daher eine grosse Verantwortlichkeit, da er als Bürgermeister für den Schutz der Paramilitärs sorgte und deren Aktionen vor der nationalen Öffentlichkeit geheim hielt. Zudem beteiligte er sich an der Plünderung der öffentlichen Finanzen. Er spielte eine Schlüsselrolle in diesem Prozess der Errichtung eines Terrorregimes und beim schamlosen Raub der öffentlichen Gelder. Doch dieser Bürgermeister ist bis heute im Amt. Daher beschlossen wir zusammen mit der Gemeinschaft eine Anhörung vor der Menschenrechtskommission des Senats durchzuführen. Wir sprachen mit dem Kongressabgeordneten Alexander López, welcher die Anhörung verlangte und die Menschenrechtskommission akzeptierte tatsächlich den Vorschlag.

So begannen wir die Anhörung inmitten vieler Hindernisse zu organisieren. Im Vorfeld der Anhörung gab es mehrere Druckversuche, selbst einen Anschlag gegen eine der Personen, welche mit unserer Opferbewegung zusammen arbeitete. Mit allen Mitteln wurde versucht zu verhindern, dass die Gemeinschaft an der Anhörung teilnimmt. In vielen Gemeinden verteilte der Bürgermeister von San Onofre den Leuten Geld, damit sie nicht an der Anhörung teilnehmen oder es konnten nur jene gehen, die den Bürgermeister unterstützen und sich nach wie vor unter paramilitärischer Kontrolle befinden. Doch trotz all dieser Massnahmen erschienen zur Anhörung tausend Personen aus allen Weilern und aus San Onofre selber im Sportstadion. Der Bürgermeister hatte geglaubt, dass dies zu einem Akt der Unterstützung ihm gegenüber werden würde und er durch diese Anhörung in gewisser Weise bestätigt und legitimiert werden würde. Doch es kam ganz anders. Es wurde eine Anhörung, bei der die Ablehnung gegen den Bürgermeister offensichtlich wurde und von der Gemeinschaft sein Rücktritt gefordert wurde.



*Die Gemeinschaft verlangte also den Rücktritt des Bürgermeisters inmitten der Anhörung?*

Ja. Die Gemeinschaft präsentierte trotz der vielen Versuche, sie zum Schweigen zu bringen, zahlreiche Zeugenaussagen und Beweise. Es waren rund 300 Zeugenaussagen. Zudem wurden viele Dokumente gezeigt, welche belegten, wie in den letzten vier Jahren mit all den Mitteln der Gemeinde umgegangen worden war. Es wurden auch sehr traurige Geschichten erzählt, so z.B. über den Widerstand im Weiler Libertad. Dort entschied die Gemeinschaft nach einem Jahrzehnt erlittener Gewalt, welche von Zwangsarbeit mit fast Sklaverei ähnlichen Formen bis zur Vergewaltigung und dem sexuellen Missbrauch von Frauen ging, dass jetzt genug war. In einem Akt der Rebellion lynchte sie einen der paramilitärischen Chefs. Dies führte dazu, dass diese paramilitärischen Chefs nie mehr die Kontrolle über diesen Weiler übernehmen konnten. Solche Fälle wie jener des Weilers Libertad gab es viele. An der Anhörung gab es 18 Zeugenberichte von Personen der Region und in allen Aussagen wurde die politische und strafrechtliche Verantwortung des Bürgermeisters für die begangenen Verbrechen klar.

*Welche Auswirkungen haben diese Zeugenaussagen und Anklagen? Ist es möglich, dass sie zu Strafuntersuchungen oder Prozessen gegen die Verantwortlichen führen?*

Es ist eine Strafklage in Ausarbeitung. Wir sind an der Systematisierung aller Beweise und Dokumente. Diese Anklage wird dem Generalstaatsanwalt überreicht werden. Ebenso wird bei der Aufsichtsbehörde (Procuraduría) eine Disziplinarbeschwerde eingereicht werden mit der Aufforderung, die notwendigen Massnahmen zu veranlassen, damit der Bürgermeister seines Amtes enthoben wird. Zudem ist von der Finanzkontrollbehörde eine allgemeine Überprüfung der Rechnungsabschlüsse der Gemeinde zwischen 1998 und 2006 verlangt worden.

*Nachdem sich gezeigt hat, dass es möglich ist, die Gemeinschaften zu solchen Anhörungen zu bewegen und dort ihre Aussagen und Anklagen gegen die verübten Verbrechen vorzubringen, plant ihr weitere Anhörungen in anderen Regionen des Landes?*

Ja, wir denken, dass diese öffentlichen Ausdrucksformen von grosser Nützlichkeit sind. Der Fall von San Onofre war dank einer Arbeit und einem Prozess mit der Gemeinschaft möglich. Diesen Prozess gilt es auch in anderen Teilen des Landes zu machen oder solche Prozesse zu begleiten, denn diese Prozesse entstehen in den Gemeinschaften selber. Die Gemeinschaften haben Widerstand geübt und haben wichtige Kämpfe geführt. Jetzt ist es notwendig, dass die nationalen Organisationen und die internationale Gemeinschaft ohne jegliches Misstrauen und ohne Vorbehalte gegenüber diesen Prozessen des Widerstandes der Gemeinschaften, sie unterstützen und begleiten. Dies vor allem wegen der Sicherheit der Personen, welche auf lokaler Ebene an diesen Prozessen teilnehmen.

*Welche Massnahmen werden getroffen, um die Personen zu schützen, die Aussagen gemacht haben?*

Wir sind äusserst besorgt über mögliche Repressalien gegen die Gemeinschaft von San Onofre, nachdem sie in dieser Anhörung den Paramilitärs und den heutigen Regierungsvertretern eine Niederlage beigelegt hat.

Wir haben einige Aktionen vor der Anhörung unternommen. So gibt es eine Bitte an die Interamerikanische Menschenrechtskommission, 17 Führungspersonen der Region, welche mit der Bewegung der Opfer von Staatsverbrechen zusammen arbeiten, Schutzmassnahmen zu gewähren. Zusätzlich versuchen wir, dass eine Equipe, die wir Ethikkommission nennen – dies ist ein Vorschlag der Opferbewegung – ständig in der Gemeinde präsent ist. Auch möchten wir Besuche von Missionen und Präsenz von BeobachterInnen durchführen, um so eine grösstmögliche Präsenz von nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen zu ermöglichen. Dies soll dazu beitragen, Sicherheitsbedingungen für die Personen der Gemeinschaft zu schaffen.

*Wird das Land demnächst diese Zeugenaussagen kennen?*

Es besteht die Idee, eine Synthese der wichtigsten Aussagen zu publizieren, damit sie als ein Teil dieses Prozesses zur Wahrheitsfindung dienen kann.

*Ihr habt einen Brief an den Präsidenten Uribe geschickt, in dem ihr den Rücktritt des Bürgermeisters von San Onofre gefordert habt. Habt ihr eine Antwort erhalten?*

Nein. Der Brief hat Petitionscharakter. Das heisst, dass die Behörden ihn innert 10 Arbeitstagen beantworten müssen. Wir warten noch auf die Antwort. Wir haben im Brief den Präsidenten daran erinnert, dass er selber gesagt hat, Funktionäre, welche mit den Paramilitärs in Verbindung stünden, sollen sofort und unwiderruflich ihren Rücktritt einreichen und sich den zuständigen Justizbehörden stellen.